

BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

NEWSLETTER AUSGABE 4/2011

1. [EDITORIAL](#)
 - Lothar Harles, Vorsitzender bap
2. [„WIR HABEN EINE NEUE QUALITÄT IN DEN DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN“](#)
 - Interview mit Prof. Dr. Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts
3. [„DEMOKRATIE BRAUCHT POLITISCHE BILDUNG“](#)
 - Unterschriftenkampagne des bap geht weiter
4. [DATENREPORT 2011: NEUER SOZIALBERICHT FÜR DEUTSCHLAND](#)
 - Indikatoren Wahlbeteiligung, politisches Interesse und politische Partizipation untersucht
5. [ANHÖRUNG IM LANDTAG NRW ZUR POLITISCHEN BILDUNG](#)
 - Radikalismusprophylaxe und historische Aufarbeitung: Forderung nach Ausbau der Angebote inner- und außerhalb der Schule
6. [JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG](#)
 - Thema 4/2011: Politische Partizipation
7. [AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN](#)
 - Themen u.a. Integrationskurse für Lehrkräfte, politisch rechts motivierte Straftaten und Enquete-Kommission
8. [TERMINE UND HINWEISE](#)
 - Informationen aus der Politischen Bildung

1. EDITORIAL

Europäische Idee – europäische Turbulenzen

Liebe Leserinnen und Leser,

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die europäische Idee äußerst attraktiv und hatte viele Befürworter. Aus leidvollen Erfahrungen lernen, Grenzen überwinden, Zusammenarbeit fördern: Frieden schaffen. Die Einigung Europas im Rahmen der Europäischen Union brachte für viele Vorteile und überwog bei allen Bedenken und Problemen die Nachteile. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bekam die Idee durch den Beitritt vieler mittel- und osteuropäischer Länder noch einen besonderen Schub. Die Einführung des Euros für große Teile dieses Wirtschaftsraums ein Meilenstein in der europäischen Entwicklung. Es ging alles gut, weil es im Prinzip allen damit gut ging. Deshalb war man auch bereit, über auch einige Entwicklungen hinwegzusehen, die eigentlich nicht richtig waren. Man nahm auch in Kauf, dass die europäischen Institutionen nicht in der nötigen Form mit Kompetenzen ausgestattet wurden, weil sonst Verantwortung abgegeben hätte werden müssen. Die Hoffnung lag darin, dass sich die Dinge schon irgendwie positiv entwickeln würden.

Heute, wo es vielen nicht mehr so gut geht, rächt sich diese Verhaltensweise. Die Entwicklungen im Zusammenhang mit Griechenland sind nur die Spitze eines europäischen Eisbergs. Das Problem der Politik besteht hier darin, dass nur ad hoc und punktuell Lösungen gesucht werden und nicht strukturell und langfristig angesetzt wird. Politische Bildung hat es unter diesen Umständen schwer, Ihrer Aufgabe nachzukommen, Informationen zu vermitteln, Hintergründe aufzuzeigen und Lösungsvorschläge diskursiv zu erörtern. In Zeiten, wo es zu einem Vorschlag keine Alternative mehr gibt, erübrigt sich eigentlich eine Diskussion. Für die demokratische Kultur ist dies zunächst keine positive Entwicklung. Und doch gibt es Wege und Möglichkeiten. Prof. Dr. Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts zeigt am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen auf,

wie sich die Arbeit seines Instituts im Laufe der Zeit gewandelt hat und welche auch neuen Wege mit Blick auf Europa beschritten werden.

Zum Schluss ein Hinweis „in eigener Sache“: Die Kampagne „Demokratie braucht Politische Bildung“ geht weiter. Nach wie vor können Sie die Petition unterzeichnen, die wir vor Verabschiedung des Haushalts im November an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags übergeben werden. Unterstützen auch Sie diese Forderung wie derzeit mehr als 2600 Personen und Einrichtungen mit Ihrer Unterschrift. Auf der Kampagnenwebsite können Sie die Petition unterzeichnen. Gleichzeitig sind Sie eingeladen, uns Ihre persönlichen Gründe zu nennen, warum Demokratie politische Bildung braucht. Sie können dies online tun oder ein Formular herunterladen. Wir freuen uns auf viele Anregungen und Ihre ganz persönlichen Gründe, warum Demokratie politische Bildung braucht.

Lothar Harles
Vorsitzender bap

[zur Übersicht](#)

2. „WIR HABEN EINE NEUE QUALITÄT IN DEN DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN“

Interview mit Prof. Dr. Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts

Deutsch-polnische Beziehungen im Blickpunkt: Prof. Dr. Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, blickt auf deren Entwicklung zurück und beleuchtet das Ergebnis der Parlamentswahlen im Oktober. Er beantwortet Fragen zu den Besonderheiten der deutsch-polnischen Beziehungen, deren Vergangenheit und Zukunft, sowie der Rolle des Deutschen Polen-Instituts und ähnlicher Organisationen in der Förderung dieser Beziehungen.

Sie sind seit 1999 Direktor des Deutschen Polen-Instituts. Wie haben sich in dieser Zeit die deutsch-polnischen Beziehungen verändert?

Die Beziehungen haben sich in den letzten 15 Jahren weiterentwickelt und intensiviert. Die Infrastruktur in den deutsch-polnischen Beziehungen ist stärker geworden. In der Zwischenzeit gab es auch einige Gewitter, aber grundsätzlich kann man sagen, dass sie noch nie so stabil waren, wie es derzeit der Fall ist.

Woran lässt sich das festmachen?

Wir haben vor allem im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft Polens seit 2004 eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen und gemeinsamen Interessen erfahren. Aber auch über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen hinausgehende Interessen im europäischen Rahmen haben sich gerade in den letzten Jahren herausgebildet. Sowohl die Erfahrungen mit Krisensituationen im deutsch-polnischen Verhältnis der letzten fünf Jahre als auch die vergleichbare wirtschafts- und finanzpolitische Philosophie Deutschlands und Polens in der EU haben die deutsch-polnischen Beziehungen weiter gestärkt.

All diese Veränderungen sind nicht spurlos an Deutschen und Polen vorübergegangen, d.h. diese Partnerschaft wird von beiden Seiten ernster genommen als jemals zuvor und das ist eine neue Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen.

Trägt auch die Wiederwahl von Donald Tusk als Premier zu dieser Stabilisierung der deutsch-polnischen Beziehungen und dem Bekenntnis zu Europa bei?

Ja, sicherlich ist der politische Sieg von Donald Tusk und der Bürgerplattform eine Bestätigung des gemäßigten, reformorientierten Kurses der polnischen Regierung, der europapolitischen Prioritäten sowie einer konstruktiven, freundschaftlich orientierten Deutschlandpolitik. Insofern ist sie auch eine Stabilisierung, weil zum zweiten Mal bei Parlamentswahlen deutlich geworden ist, dass eine Mehrheit der polnischen Bevölkerung einen Konfrontationskurs gegenüber Deutschland nicht gutheißt und eine weiter wachsende Mehrheit der Polen in der Beziehung zu Deutschland ein ganz wichtiges Element der Stabilität und der europapolitischen Positionierung Polens sieht.

Wie bewerten Sie die niedrige Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent?

Die Wahlbeteiligung der polnischen Wahlbürger bei National- bis zu Kommunalwahlen ist traditionell niedrig. Die Wahlbeteiligung war immerhin noch die zweithöchste Beteiligung in einer Parlamentswahl seit 1991, sie lag jedoch vier Prozent unter den letzten Parlamentswahlen. Diese geringe Wahlbeteiligung von knapp 49 Prozent ist auch ein Zeichen für das weit verbreitete Misstrauen und den Ansehensverlust der Politiker - das Gefühl, dass zur Wahl zu gehen eigentlich nichts ändert, dass Politiker in erster Linie an ihr eigenes Fortkommen und nicht an das des Volkes denken. Also eigentlich eine Niederlage für eine demokratische politische Kultur.

Andererseits hatte die Protestbewegung Palikot starken Zulauf...

Dieser Zulauf hat nicht die Wahlbeteiligung insgesamt erhöht, es ist zu Verschiebungen innerhalb der Wählerschaft zugunsten von Palikot gekommen. Und zwar aus Enttäuschung, dass bestimmte Fragen, die unter den Stichworten Säkularisierung, Modernisierung, Liberalisierung und Individualisierung zusammengefasst werden können, von anderen Parteien nicht aufgegriffen wurden.

Interessant ist dabei, dass die Gruppe von jungen Wählerinnen und Wählern zwischen 18 und 25 Jahren die Palikot-Bewegung mit gleich vielen Stimmen unterstützt wie die nationalkonservative Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) von Jarosław Kaczyński, nämlich mit 23 Prozent. Dies aufgrund dessen, dass liberale Minderheiten- und Bürgerrechtsthemen, für die sich junge Wähler interessieren, von anderen Parteien, insbesondere von den Sozialdemokraten, nicht aufgegriffen wurden. Diese Art des „Aufmischens“ wird von einem großen Teil der polnischen Bevölkerung nach einer jüngsten Umfrage als positiv angesehen, auch wenn sie die Palikot-Bewegung nicht wählen würden.

Was haben Organisationen wie das Deutsche Polen-Institut und das Deutsch Polnische Jugendwerk zu den deutsch-polnischen Beziehungen beigetragen?

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben sich in den letzten Jahrzehnten weiterentwickelt, weil in die Begegnungsmöglichkeiten von jungen Menschen investiert worden ist. Wenn eine Beziehung leben und stabil sein soll und eine Normalität in das bilaterale Verhältnis kommen soll, ist es wichtig, dass diese Beziehungen von den Gesellschaften und deren unterschiedlichen Gruppen getragen werden. Organisationen wie das Deutsch Polnische Jugendwerk, die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, die deutsch-polnische Wissenschaftsstiftung und das Deutsche Polen-Institut liefern ihre Beiträge für die grundlegende Infrastruktur dieser Beziehungen. Diese Einrichtungen tragen dazu bei, das deutsch-polnische Netzwerk zu verstärken und mehr Menschen dafür zu gewinnen.

Wo liegen zukünftig die Schwerpunkte der Arbeit?

Ein Schwerpunkt sollte in Zukunft auf die gemeinsame Bewältigung von neuen Herausforderungen gelegt werden – und zwar nicht mehr nur vorrangig im deutsch-polnischen Verhältnis, sondern vermehrt in Europa. Die deutsch-polnischen Beziehungen können hier als Vorbild für die Staatengemeinschaft dienen. Denn trotz historisch stark belastetem Verhältnis und starker Asymmetrie war in den letzten Jahren immer weniger ein Ungleichgewicht spürbar, es wurde immer auf gleicher Augenhöhe kommuniziert.

Was heißt das konkret für die Zukunft? Wird es weniger um Deutschland und Polen und vermehrt um die EU-Themen gehen?

Die deutsch-polnischen Verhältnisse bewegen sich zwar im europäischen Raum, aber es bleibt immer eine deutsch-polnische Besonderheit bestehen. Das Bilaterale sollte sich in den europäischen Raum einfügen, aber sich nicht darin auflösen.

Ein wichtiger Schwerpunkt für das Deutsche Polen-Institut stellt die Vernetzung der deutschen und polnischen Wissenschaftler und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dar, d.h. die polenbezogene Forschung zu stärken. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung des Wissens über Polen in deutschen Schulen, wozu das Institut Unterrichtswerke und -materialien für unterschiedliche Fächer zur Verfügung gestellt hat, und z.B. ein gymnasiales Lehrwerk „Polnisch als Fremdsprache“ initiiert hat. Das sind in erster Linie bilaterale Schwerpunkte, es gibt aber auch multilaterale Projekte, wie Tagungen und Diskussionen, in denen von Fachleuten aus Deutschland, Polen und der EU über übergreifende Themen, wie z.B. die östliche Partnerschaft oder östliche und südliche Nachbarschaft, diskutiert wird.

Gibt es ein Ereignis aus Ihrer Arbeit, das Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben ist?

Es sind vielmehr das Engagement und Interesse von Einzelnen, die Haltung der Menschen, nicht ein bestimmtes Ereignis oder ein „big event“, welche mich immer wieder erfreuen. Zu sehen, wie Menschen unterschiedlicher Kultur zusammenarbeiten, interessiert sind, Sympathien füreinander entwickeln und einander respektieren, das ist, was mir an meiner Arbeit besonders gefällt.

Prof. Dr. Dieter Bingen ist Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, eines Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrums für polnische Kultur, Geschichte, Politik und Gesellschaft. Er ist seit 2004 Honorarprofessor für das Gebiet „Kultureller Wandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse in Europa“ am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Hochschule Zittau/Görlitz. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Polnische Zeitgeschichte und Politik, das politische System Polens, Religion und Kirche in Polen nach 1945, Polnische Außen- und Sicherheitspolitik, politische Systeme und Systemtransformation in Ostmittel- und Südosteuropa, deutsch-polnische Beziehungen und Integrationspolitik in Europa.

[zur Übersicht](#)

3. „DEMOKRATIE BRAUCHT POLITISCHE BILDUNG“

Unterschriftenkampagne des bap geht weiter

Seit rund zwei Monaten kann auf der Webseite www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de gegen die geplanten Sparmassnahmen des Innenministeriums bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) unterschrieben werden. Bis heute haben dies schon über 2.500 Personen getan. Für alle anderen hier drei Gründe, es noch zu tun:

1. Die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung wurden 2011 im Bundeshaushalt um 1,7 Mio. Euro gekürzt; für das Jahr 2012 ist eine weitere, drastische Kürzung von über drei Mio. Euro vorgesehen. 400 Einrichtungen und Träger sind von diesen Kürzungen direkt betroffen, einige kämpfen sogar um ihr Bestehen.
2. Die Kürzungen stehen im Widerspruch zur Absicht der Bundesregierung, den Bildungsbereich von allen Sparmaßnahmen auszunehmen. Dazu muss auch Bildung für politische Teilhabe gehören.
3. Im Einklang mit dem Kuratorium der Bundeszentrale fordern die Träger der Politischen Bildung die Bundesregierung und den Bundestag auf, in ihren Haushaltsberatungen und der mittelfristigen Finanzplanung die vorgesehenen Kürzungen zurückzunehmen und eine Erhöhung der Mittel für die bpb durchzusetzen. Dies gilt auch für weitere Zuwendungsprogramme der politischen Bildung.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat die Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“ initiiert. „Demokratie braucht politische Bildung“ ist dabei das Motto aller Aktivitäten, mit denen der bap als Interessensvertreter und Sprachrohr von rund 400 Einrichtungen der politischen Bildung auf die Wichtigkeit und Unabdingbarkeit politischer Bildung für die Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens aufmerksam machen will.

Unterstützen auch Sie diese Forderung mit Ihrer Unterschrift. Auf der Kampagnenwebsite können Sie die Petition unterzeichnen. Gleichzeitig sind Sie eingeladen, uns Ihre persönlichen Gründe zu nennen, warum Demokratie politische Bildung braucht. Sie können dies online tun oder ein Formular herunterladen.

Und Sie stehen nicht alleine da! Prominente Unterstützer haben uns ihre Gründe genannt. Den Auftakt macht Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance. Sie sagt:

„Demokratie Politische Bildung braucht, weil unsere Demokratie eine Kultur der Begründung braucht.“

Vor Verabschiedung des Bundeshaushalts im November wird der bap die Unterschriften an die Abgeordneten übergeben. Bis dahin – und auch später noch – können Sie die Kampagne unterstützen. Infos unter <http://www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de/>

[zur Übersicht](#)

4. DATENREPORT 2011: NEUER SOZIALBERICHT FÜR DEUTSCHLAND

Indikatoren Wahlbeteiligung, politisches Interesse und politische Partizipation untersucht

Geeignete Strategien zu Messung von Wohlstand, Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung werden derzeit auf politischer Ebene verstärkt diskutiert. Ein differenziertes Bild der Lebensverhältnisse in Deutschland zeigt der „Datenreport 2011: Der Sozialbericht für Deutschland“, der am 11. Oktober in Berlin vom Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für Politische Bildung und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung vorgestellt wurde. Statistiker und Sozialforscher haben darin objektive Daten zu Gesellschaft und Umwelt sowie empirische Ergebnisse zu subjektiven Erwartungen und Einstellungen der Menschen zusammengetragen.

Um das politische Geschehen der Bürger aufzuzeigen, untersuchte die Studie die Indikatoren Wahlbeteiligung, politisches Interesse und politische Partizipation. Sie kommt überall zu dem gleichen Schluss: In den letzten Jahren war ein zum Teil starker Rückgang in allen drei Bereichen zu beobachten. Dabei finden sich die Unterschiede nicht zwischen Frau und Mann und meist auch nicht zwischen Ost und West, sondern vielmehr zwischen alt und jung. Lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung 2009 bei den 60- bis 69-Jährigen noch bei 80 Prozent, betrug sie bei den 21- bis 24-Jährigen nur noch knapp 60 Prozent,

Das politische Interesse hat ganz grundsätzlich abgenommen - und zwar bei den Jüngeren unter 29 Jahren sehr viel stärker als bei denen über 30 Jahre. In Westdeutschland, aber auch in den neuen Bundesländern, begann dieser anhaltende Trend in den Jahren 1991/92. Im Jahr 2010 lag der Anteil der politisch interessierten jüngeren Menschen in den neuen Bundesländern mit 24 Prozent 11 Prozent unterhalb dem der älteren Bevölkerungsgruppen. Das sinkende Interesse hatte auch markante Auswirkungen auf Mitgliedschaften sowohl bei Interessengruppen als auch bei politischen Parteien. Auch hier zeigte sich dasselbe Bild: Die jungen Generationen sind deutlich untervertreten.

Positiv aus Sicht der Politischen Bildung: nicht institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder Proteste nehmen stetig zu und finden nicht nur in den jüngeren sondern auch in den älteren Generationen Akzeptanz.

Dennoch sind die Ergebnisse aus Sicht der Politischen Bildung alarmierend: Die Studie kommt zu dem Schluss, „dass die traditionellen Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik gerade bei den Jüngeren [...] abgeschwächt hat.“

Der Datenreport 2011 kann für 7 Euro zzgl. Versandkosten bei der bpb bestellt werden unter www.bpb.de/shop, Stichwort „Datenreport 2011“. Weiterhin steht er bei destatis gratis als Download zur Verfügung unter http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011_property=file.pdf

[zur Übersicht](#)

5. ANHÖRUNG IM NRW-LANDTAG ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Radikalismusprophylaxe und historische Aufarbeitung ausbauen

Die Bedeutung der schulischen und außerschulischen Bildung war am 12. Oktober Thema einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung im NRW-Landtag. Die Grundlage bildeten die beiden Anträge „Die politische Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen stärken - SchülerInnen und Schüler noch stärker über die Gefahren für die Demokratie durch Rechts- und Linksextremismus aufklären“ von der FDP-Fraktion und „Politische Bildung stärken – Pluralität fördern“ der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/GRÜNE. Die beiden Antragsteller sehen die kritische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur und der DDR-Geschichte sowie die Bekämpfung der links- und rechtsextremen Tendenzen in der Gesellschaft als Schwerpunkte der politischen Bildung und fordern vom Landtag NRW, deren Umsetzung in Schulen zu fördern und auszubauen. Der Ausschuss hatte hierzu Sachverständige der schulischen und außerschulischen Bildung nach Düsseldorf eingeladen.

Am 12. Oktober konnten sich die Experten zu 15 Fragen über die Verbesserung der politischen Bildung innerhalb und außerhalb der Schule äußern. Angesprochen wurden Themen wie Radikalismusprophylaxe, politische Partizipation, Verbesserung der Zusammenarbeit von Schulen und Akteuren der außerschulischen Bildung sowie Vorschläge zum Umgang mit Themen wie „NS-Diktatur“ und „Geschichte der DDR“. Eine Stellungnahme eingereicht hatten auch drei bap-Mitglieder: Die Konrad Adenauer Stiftung (KAS), die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) und die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB).

Dr. Stephan Eisel betonte in der Stellungnahme der Konrad-Adenauer-Stiftung die Wichtigkeit der politischen Bildung für die neuen Generationen, die den „Verlust von Demokratie und Freiheit nur noch aus historischen Rückblicken“ kennen. Er unterstrich die neuen Herausforderungen für die politische Bildung im Bereich Radikalismusprophylaxe und im Umgang mit historischen Themen. Dabei forderte er einerseits die Anpassungsfähigkeit der politischen Bildung an die Strategieänderungen von Rechts- und Linksextremen und andererseits eine unmissverständliche Sprache, die keine Verharmlosung historischer Tatsachen zulasse. Er wies darauf hin, dass die politische Bildung in und außerhalb der Schule diesbezüglich defizitär sei: Zum einen fehle es an Fachlehrern, genügend Unterrichtsstunden sowie an neuen Lehrplänen, die den heutigen Ansprüchen gerecht würden. Zum anderen werde „die Trennlinie zwischen schulischer und außerschulischer Bildung immer schärfer gezogen“ was eine optimale Zusammenarbeit verhindere.

Dr. Alois Becker, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der BRD (AKSB) unterstrich, dass „die politische Partizipation das herausragende Ziel der politischen Bildung“ sei. Die „Wahrnehmung eigener Rechte und Pflichten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt sowie die Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlichen demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung“ sollte innerhalb und außerhalb der Schule vermittelt werden und bilde die Grundlage für eine Auseinandersetzung mit politischem Extremismus.

Die Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V. (DVPB) betonte in ihrer Stellungnahme die Wichtigkeit eines „breiten, erschöpfenden und vertieften Unterrichts, der sich mit den Grundlagen und Problemen der Demokratie beschäftigt“, denn nur so könne politischem Radikalismus entgegengewirkt werden. Das Hauptproblem sieht die DVPB in der mangelnden Vertretung dieses Unterrichts in Haupt- und Berufsschulen, deren Umfeld sie aufgrund der dort zusätzlich wirkenden sozialen Einflussfaktoren als begünstigend für Radikalismus bezeichnet. Die DVPB fordert zudem eine verstärkte Zusammenarbeit bei Kooperationsprojekten zwischen „Schulen, Betrieben und Initiativen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung“, da dies Jugendliche oftmals besser erreiche als Angebote innerhalb von „schulischen Zwängen“. Als wichtige zukünftige Aufgaben der Verantwortlichen sieht die DVPB zudem die Förderung der Lehrerbildung.

Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzung waren sich die Sachverständigen der Anhörung in einer zentralen Forderung einig: die Politische Bildung müsse insgesamt gestärkt werden. Dazu zähle auch die Ausstattung mit ausreichenden finanziellen Mitteln.

Alle Unterlagen zur Anhörung sowie das Ausschussprotokoll finden Sie unter

http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/Ausschuesse/A15/Anhoerungen_Ausschuss_fuer_Schule_und_Weiterbildung.jsp

6. JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Thema 4/2011 Politische Partizipation

Kürzlich erschien die vierte Ausgabe des Journals für Politische Bildung. Lesen Sie hier das Editorial von Chefredakteur Johannes Schillo.

Editorial

Partizipation ist ein zentrales Thema der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Ihm ist auch der nächste Kongress Politische Bildung gewidmet, der vom 21. bis 23. Mai 2012 in Berlin stattfinden und Bestandteil der Aktionstage 2012 sein wird. Die Aktionstage Politische Bildung, die bundesweite Öffentlichkeitsaktion für die non- formale Bildungsszene, sind im kommenden Jahr wieder für den Mai geplant. Die Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB) wird 2012 ebenfalls zum Kreis der Initiatoren gehören und die Aktion unterstützen, die bislang vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap), von Bundeszentrale (bpb) und Landeszentralen in Verbindung mit internationalen Partnern getragen wurde. Der Bundeskongress wird jetzt auch gemeinsam von bap, bpb und DVPB verantwortet (s.u.).

Das Partizipationsthema hat viele Facetten – und für seine Ausgestaltung ist entscheidend, welches Verständnis der Bürgerrolle zu Grunde gelegt wird. Oft gilt Partizipation einfach als Synonym für das gesellschaftliche Engagement von Bürgern und Bürgerinnen, die sich an bestehenden Diensten, Organisationen, Hilfswerken beteiligen oder auch in Eigeninitiative oder Selbsthilfe tätig werden. Hier will das vorliegende Heft mit Nachdruck auf eine Unterscheidung aufmerksam machen, die für die Bildungsarbeit von zentraler Bedeutung ist: Es geht um den politischen Charakter von Partizipation, es geht um die Frage, inwieweit die Beteiligung der Bürgerschaft auf Entscheidungs-, Macht- und Herrschaftsfragen Einfluss hat, wo Konfliktpunkte liegen und wie perspektivisch das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft zu gestalten ist.

Mit dem Blick auf die Teilhabechancen von Jugendlichen – inzwischen ja eine europaweit diskutierte Problemlage – wird das Heft eröffnet. Dr. Wolfgang Gaiser, Martina Gille und Johann de Rijke (Deutsches Jugendinstitut) thematisieren am Beispiel der Gewerkschaften die Beteiligungsformen von Jugendlichen inner- und außerhalb von Großorganisationen. Felix Ludwig, Jana Trumann und Tim Zosel (Universität Duisburg-Essen) diskutieren neue Aktionsformen, die für Pädagogik wie Politik eine Rolle spielen (können). Jutta Bergmann-Gries, die seit 20 Jahren als Kommunalpolitikerin aktiv ist, beleuchtet solche Aktivierungsprozesse im Blick auf die deutsche Parteiendemokratie. Sascha Rex vom Deutschen Volkshochschul-Verband wendet den Blick von der Politik auf die Pädagogik. Er fragt danach, inwieweit sich Einrichtungen der non- formalen Bildung selber dem Anspruch der Partizipation stellen. Prof. Christine Zeuner (Redaktion) und Antje Pabst (Helmut Schmidt Universität) berichten aus einem Projekt über „Literalität als soziale Praxis“, das auf unerlässliche Voraussetzungen für Partizipation aufmerksam macht.

„Teilhabe durch Gleichbehandlung?“ lautet der Beitrag von Prof. Arian Schiffer-Nasserie (FH Bochum), der unter der Rubrik QuerDenken an einem anderen zentralen Thema, der Integrationsfrage, Überlegungen des Schwerpunkts fortführt und den common sense antirassistischer Arbeit in Frage stellt. Im Anschluss daran geht Johannes Schillo (Redaktion) auf das Verhältnis von Verfassungsschutz und politischer Bildung ein, das in der letzten Zeit (Stichwort: Extremismus) zu einigen Debatten geführt hat. Die weiteren Rubriken enthalten Nachrichten, Kommentare und Materialien zur Bildungsszene.

Unter AugenMerk findet man auch die Kontaktadressen von bap und bpb. Hingewiesen sei besonders sei auf die neue förderungspolitische Kampagne, über die am Schluss des Heftes informiert wird. Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom Journal als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zu den Themenschwerpunkten sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Projekte, Veranstaltungen u.a. Dabei sind die Redaktionstermine der Zeitschrift zu berücksichtigen.

Weitere Heftplanung:

Heft 1/12 Risiken leben
Redaktionsschluss: 11. November 2011

Heft 2/12 Generationen lernen (gemeinsam) Politik
Redaktionsschluss: 10. Februar 2012

Heft 3/12 Neue Formate
Redaktionsschluss: 11. Mai 2012

Heft 4/12 Gesellschaft gemeinsam gestalten
Redaktionsschluss: 14. August 2012

Bezugsbedingungen

„Journal für politische Bildung“ erscheint vierteljährlich. Das Jahresabonnement kostet EUR 56,00, das Einzelheft EUR 16,80, jeweils zuzüglich Versandkosten. Verlag und Bezugsadresse: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196/84010, Fax: 0 61 96 /86065, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de, journal@wochenschau-verlag.de

Ausgabe 4 des Journals für politische Bildung ist ab sofort über den Online-Shop bestellbar unter folgendem link: http://www.wochenschau-verlag.info/scripts/deep.php4?typ=isbn&wert=jpb4_11

[zur Übersicht](#)

7. AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN

Themen u.a. Gedenkstätten, Integrationskurse für Lehrkräfte, politisch rechts motivierten Straftaten und Enquete-Kommission

Die Linke fordert Beteiligung am Erhalt der Gedenkstätten der NS-Vernichtungslager in Polen

Die Fraktion Die Linke fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit der polnischen Regierung den Finanzierungsbedarf für den Erhalt der Gedenkstätten der nationalsozialistischen Vernichtungslager in Polen zu ermitteln und konkrete Beteiligungen anzubieten. Zudem müsse im Jahr 2012 gemeinsam mit Polen ein Gesamtplan zur finanziellen Beteiligung Deutschlands zum Erhalt der Gedenkstätten erarbeitet werden. Die Linksfraktion begründet ihren Antrag ([17/7028](#)) mit der historischen Verantwortung Deutschlands. Der Erhalt und der Unterhalt der Gedenkstätten gehöre zu den „zentralen Aufgaben deutscher Erinnerungspolitik“.

Quelle: hib 391, 10. Oktober 2011

Gut 17.000 Lehrkräfte für Integrationskurse seit Anfang 2005 zugelassen

Vom 1. Januar 2005 bis zum 21. August dieses Jahres sind insgesamt 17.341 Personen als Lehrkräfte für Integrationskurse zugelassen worden. Davon seien rund 85 Prozent weiblich, berichtet die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/7004](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/6877](#)).

Danach liegen zur durchschnittlichen Vergütung von festangestellten Lehrkräften keine Erkenntnisse vor. Auf die Frage nach der durchschnittlichen Vergütung der Honorarkräfte verweist die Regierung auf eine vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Sommer dieses Jahres vorgenommene Kursträgerabfrage. Dabei sei eine durchschnittliche Vergütung in Höhe von 18,14 Euro für 45 Minuten pro Unterrichtseinheit ermittelt worden. Wie aus der Vorlage weiter hervorgeht, zahlten rund 98,3 Prozent der 1.219 Kursträger, die auf die Anfrage geantwortet hatten, ein Honorar von 15 Euro und mehr sowie rund 1,7 Prozent ein Honorar von weniger als 15 Euro. In keinem Fall habe das Honorar unter zehn Euro (brutto) gelegen.

Die Regierung verweist zugleich darauf, dass sie aus vergaberechtlichen Gründen den Trägern keine Honorarsätze für die Lehrkräfte vorschreiben könne. Die Kursträger, die vom BAMF mit der Kursdurchführung betraut würden, seien Vertragspartner der Lehrkräfte und für deren Honorierung unmittelbar verantwortlich. Das Vergaberecht lasse zwar für die Auftragsausführung zusätzliche Anforderungskriterien an Auftragnehmer zu wie zum Beispiel die Einhaltung bestimmter sozialer Aspekte. Mindestentgeltanforderungen fielen aber nur dann unter diese Kriterien, wenn hierzu eine formell-gesetzliche Regelung besteht oder die Lohnhöhe durch einen allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag vorgegeben ist. Der im Bereich der beruflichen Weiterbildung existierende Tarifvertrag sei aber weder für allgemeinverbindlich erklärt worden noch seien die Lehrkräfte in den Integrationskursen von dessen Geltungsbereich erfasst. Vor diesem Hintergrund steuere das BAMF die Honorarhöhe nur insofern, als es seit September 2008 als „qualitatives Steuerungselement“ die Zulassung der Träger, die weniger als 15 Euro zahlen, auf ein Jahr – statt normal drei Jahre – begrenzt

Wie es in der Antwort weiter heißt, wurde im Jahr 2009 wegen Unterschreitung der ermittelten Untergrenze in Höhe von 15 Euro zur Vergütung der Lehrkräfte in 43 Fällen eine Zulassung auf ein Jahr befristet. In vier Fällen sei die Zulassung nach einem Jahr nicht verlängert beziehungsweise widerrufen und in acht Fällen eine erneute befristete Zulassung ausgesprochen worden. In den übrigen 31 Fällen habe wegen Anhebung der Vergütung auf 15 Euro eine Zulassung auf drei Jahre erteilt werden können. Im vergangenen Jahr erhielten den Angaben zufolge zwei Träger eine auf ein Jahr befristete Zulassung, da sie eine Lehrkräftevergütung von weniger als 15 Euro angegeben hatten. Im laufenden Jahr erhielten laut Regierung vier Träger aus diesem Grund ebenfalls eine auf ein Jahr befristete Zulassung. In einem Fall sei die befristete Zulassung bereits erloschen. Eine neue Zulassung sei nicht erteilt worden, da dieser Träger auch mit anderen Unregelmäßigkeiten auffällig geworden sei.

Quelle: hib 386, 30. September 2011

Integrationskurse (II)

Im ersten Quartal dieses Jahres sind laut Bundesregierung 15.922 Menschen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu einem Integrationskurs zugelassen worden, ohne darauf einen Rechtsanspruch gehabt zu haben. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum seien es 13.792 Personen gewesen, schreibt die Regierung in ihrer Antwort ([17/6924](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/6820](#)). Im gesamten Jahr 2010 waren es danach 40.981 Personen.

Quelle: hib 352, 16. September 2011

7.682 politisch rechts motivierte Straftaten im ersten Halbjahr 2011

Dem Bundeskriminalamt sind bis zum 28. Juli dieses Jahres für das erste Halbjahr 2011 von den Ländern insgesamt 7.682 politisch rechts motivierte Straftaten gemeldet worden. Darunter waren 403 Gewalttaten und 5.273 Propagandadelikte, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/6966](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/6840](#)) schreibt. 1.568 Straftaten wurden den Angaben zufolge dem Themenfeld „Hasskriminalität“ zugeordnet. Darunter befanden sich laut Bundesregierung 190 Gewalttaten und 354 Propagandadelikte. Wie aus der Vorlage weiter hervorgeht, handelt es sich bei den genannten Zahlen um vorläufige Angaben, die sich aufgrund von weiteren Nachmeldungen und Korrekturen „teilweise noch erheblich verändern können“.

Quelle: hib 353, 16. September 2011

Vergabepaxis beim „Förderprogramm entwicklungs politische Bildung“ (FEB) des BMZ

Jährlich vergibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Fördergelder für die entwicklungs politische Informations- und Bildungsarbeit im Inland an in Deutschland engagierte zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO). Ein größerer Teil dieser Mittel wird über das „Förderprogramm entwicklungs politische Bildung“ (FEB) vergeben. Bis Ende 2010 verwaltete die Inwent gGmbH diesen Fördertopf für das BMZ, seit Anfang 2011 ist hierfür die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH zuständig und ab 2012 wird

diese Aufgabe voraussichtlich an die noch zu gründende neue bundeseigene „Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement“ über gehen. Mit der Vergabepraxis befasst sich eine Anfrage der Fraktion der Linken. Hier die [Antwort der Bundesregierung](#) (17/7002) vom 19. September

Quelle: Bundestag.de

Öffentliche Projektgruppensitzung Demokratie und Staat der Enquete-Kommission ‚Internet und digitale Gesellschaft‘ (Anmeldung erforderlich)

Die Projektgruppe „Demokratie und Staat“ tagt immer öffentlich (vgl. bap-Newsletter 3/2011). Im Folgenden finden Sie die nächsten Termine sind:

7. November 2011 10.00 bis 12.00 Uhr, Paul-Löbe-Haus
28. November 2011, 10.00 bis 12.00 Uhr, Paul-Löbe-Haus

Anmeldung erforderlich unter: enquete.internet@bundestag.de

Informationen zu den Themen finden Sie unter
http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Demokratie_und_Staat/index.jsp

[zur Übersicht](#)

8. TERMINE UND HINWEISE

Informationen aus der Politischen Bildung

Veranstaltungen und Termine:

Schon vormerken: Bundeskongress Politische Bildung vom 21. – 23. Mai 2012 im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung

Als zentrale Veranstaltung der Aktionstage Politische Bildung 2012 findet der Bundeskongress für Politische Bildung vom 21.-23.05.2012 in Berlin an verschiedenen Orten rund um die Friedrichstraße statt. Der Bundeskongress widmet sich dem Thema „Partizipation“, u.a. mit

- Bestandsaufnahme und Diskussion aktueller Befunde zum Thema Partizipation und deren Auswirkungen auf die Entwicklung der Demokratie.
- Allgemeine Diskussion und Erörterung anhand von Praxisbeispielen, bezogen auf die Frage: Wie kann politische Bildung partizipative Prozesse begleiten, welche Bedeutung kommt ihr angesichts der Entwicklungen zu?
- Allgemeine Diskussion der Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Trends und politischer Bildung, zugespitzt auf die Frage: Muss politische Bildung selbst partizipativer werden? Dabei sollten die Konsequenzen eines solchen Prozesses diskutiert und anhand von Praxisbeispielen erörtert werden.

Der Bundeskongress ist eine gemeinsame Veranstaltung der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure der politischen Bildung in Deutschland. Die Veranstalter sind die Bundeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung und der Bundesausschuss Politische Bildung.

Der Bundeskongress Politische Bildung zum Thema „Partizipation“ soll sowohl in Vorbereitung als auch in der Durchführung und Nachbereitung PARTIZIPATIV gestaltet werden. Mehr Infos hierzu in Kürze auf den Webseiten von bap und bpb.

Infos zu den Aktionstagen unter: www.bpb.de/aktionstage

Konferenz „Für eine moderne entwicklungspolitische Inlandsarbeit: strategische Ansätze und Wirkungen“ am 7. und 8. November 2011 in Berlin

Am 7. und 8. November 2011 veranstaltet der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) in Berlin die Konferenz „Für eine moderne entwicklungspolitische Inlandsarbeit: strategische Ansätze und Wirkungen“. Am 7. November findet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Entwicklungspolitische Inlandsarbeit: neue Konzepte und strategische Ansätze“ mit Spezialisten wie Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien in NRW und Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Am 8. November folgen Impulsvorträge zum Thema „Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit“ und ein Forum zu den Themen „Schulische Bildung/Globales Lernen, Politik/Kampagnen, Begegnungsarbeit“.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an a.mueller@venro.org

Studentische Fachtagung zum Thema „Demokratie und Protest“ vom 11. bis zum 13. November 2011 in Osnabrück

Vom 11. bis zum 13. November 2011 führt die Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaften (DNGPS) in Osnabrück die erste studentische Fachtagung zum Thema „Demokratie und Protest“ durch. Die Veranstaltung bietet Studierenden die Möglichkeit, Ergebnisse aus Studienarbeiten vor einem Fachpublikum zu präsentieren. Das Programm beinhaltet Studierendenvorträge, eine einleitende Rede von Prof. Dr. Buchstein, Vorsitzender der Deutschen Vereinigung Politische Wissenschaft, sowie eine Podiumsdiskussion, die am 11. November stattfinden wird. Daran werden unter anderem Frau Prof. Dr. Kallenrode, Vizepräsidentin für Forschung und Nachwuchsförderung und Herr Habel, Pressesprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes teilnehmen.

Am 12. November werden sich sechs Bachelor- und Masterstudierende in fünf Vorträgen mit verschiedensten Aspekten zu den Themen „Demokratie und Protest“ auseinandersetzen. Dabei wird es unter anderem um die Frage nach einem „Protest ohne Öffentlichkeit?“ gehen.

Am Sonntagvormittag folgen zwei weitere studentische Vorträge zum Thema die „Frauenrecht ist Menschenrecht Bewegung“. Das Programm wird durch eine abschließende Diskussion abgerundet, bevor am Nachmittag die Mitgliederversammlung des Vereins stattfindet.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Frau Julia Griemens, Rufnummer: 0176-83050413 und unter www.dngps.de.

Gesellschaft im Zeichen von Web 2.0 AKSB-Jahrestagung am 21. und 22. November 2011 in Stuttgart

Die Stabilität einer Gesellschaft steht und fällt mit angemessenen Formen gelingender Sozialisation und Solidarität. Leisten soziale Netzwerke dazu einen Beitrag, oder: Wie sozial sind die "Social Media" eigentlich? Unter dem Titel „Gesellschaft im Zeichen von Web 2.0 - Sozialisation, Partizipation und intergenerationale Solidarität“ will sich die AKSB auf ihrer Jahrestagung vom 21. bis 22. November 2011 mit den aktuellen Entwicklungen im Bereich „Social Web“ und intergenerationaler Dialog vertraut machen und Konsequenzen für die politische Bildung ziehen. Als Referenten konnten Prof. Dr. Bernd Trocholepczy (Frankfurt/M), Thomas Kupser (JFF - Institut für Medienpädagogik, München), Dr. Jan Hinrik Schmidt (Hans-Bredow-Institut, Hamburg), Jürgen Ertelt (IJAB - Fachstelle Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V), Dr. Stephan Eisel (Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin) und Jürgen Pelzer (Goethe Universität/Frankfurt/M) gewonnen werden. Die Jahrestagung findet statt im Tagungszentrum Stuttgart-Hohenheim der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Die Akademie ist Kooperationspartner dieser Tagung.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.aksb.de/?ID=343&mod=aktuellesdetail>

Grundausbildung für Teamerinnen und Teamer internationaler Jugendbegegnungen vom 28. November bis zum 3. Dezember 2011 in Düsseldorf

Den Teilnehmenden Rüstzeug zur Anwendung und Entwicklung eigener, flexibler Herangehensweisen bei internationalen Jugendbegegnungen zu vermitteln ist das Ziel der Grundausbildung in Düsseldorf. Vom 28. November bis zum 3. Dezember steht der Austausch über theoretische und praktische Aspekte der interkulturellen Bildung, sowie der Erwerb von Methoden- und Handlungskompetenzen im Mittelpunkt. Die Ausbildung besteht aus drei Teilen: Die Grundausbildung bildet den ersten Schritt für den Erwerb des DFJW- Zertifikats für Betreuerinnen und Betreuer von interkulturellen Jugendbegegnungen. Die beiden weiteren Teile bestehen aus einem Praxismodul, einer Hospitation bei einer deutsch- französischen Jugendbegegnung und einem Vertiefungsmodul, welches im Juni 2012 in Nordfrankreich stattfinden wird.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an
Jean-Daniel Mitton, Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN; 0202-97 404 – 14
mitton@arbeitundleben.de

Demokratiekongress am 30. November 2011 in Berlin

Die Konrad Adenauer Stiftung veranstaltet am 30. November 2011 den 3. Demokratiekongress zum Thema "Digitale (Un)Kultur und Demokratie" in Berlin. Es werden mehr als 500 Vertreter aus Politik, Medien, Verbänden, Administration und Träger der Politischen Bildung sowie Lehrer erwartet, die sich mit dem Einfluss und den Auswirkungen des Web 2.0 auf die Politik und die Politische Bildung befassen werden. Zentrale Themen sind der Einfluss der Digitalisierung auf die Gesellschaft und die Lebenswelt der Menschen, sowie die Gestaltung der repräsentativen Demokratie, der politischen Kommunikation und der Politischen Bildung im Zeitalter der Digitalisierung. Den thematischen Auftakt wird eine politische Key-Note-Speech des Bundesministers des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich machen. Der Digitalvisionär Jeff Jarvis wird aufzeigen, wie das Web 2.0 die Lebenswelt der Menschen verändert, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft revolutioniert und was dies für die Zukunft bedeutet. Nach den Vorträgen werden in drei Foren die Impulse und Argumente mit allen Teilnehmern diskutiert und die Auswirkungen der Digitalisierung auf Akteure im politischen Umfeld (Politiker/Parteien, Politische Bildung und Medien) analysiert.

Für weitere Informationen wenden Sie sich an Frau Melanie Piepenschneider 02236 707-4212 /
Melanie.Piepenschneider@kas.de

Fachtag zum Thema „Kritische Politische Bildung und demokratische Schulkultur“ am 1. Dezember in Düsseldorf

Die Fachhochschule Düsseldorf mit dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) veranstaltet am 1. Dezember den Fachtag „Kritische Politische Bildung und demokratische Schulkultur“. Er bildet den Abschluss des Projektes XENOS und die Grundlage für eine neue Diskussion über die Rahmenbedingungen einer erfolgreichen kritischen politischen Bildung. Ziel des Fachtages ist es, die unabdingbaren Grundlagen für eine erfolgsversprechende präventive Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie zur Stärkung demokratischen Bewusstseins und Handelns auszuloten.

Am Morgen findet die Einführung in das Thema sowie ein Vortrag von Kurt Edler, dem Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. statt. Am Nachmittag folgen vier parallel laufende Workshops u.a. zu Themen wie „Schule – (K)ein Lernort für Demokratie?“ oder „Erinnerung und Zukunft“. Ein Podiumsgespräch zum Thema „Was heißt *kritische politische Bildung*?“ mit u.a. Erberhard Seidel, Geschäftsführer „Schule ohne Rassismus“ und Andreas Kost, Landeszentrale für politische Bildung NRW schließt den Fachtag ab.

Für weitere Informationen wenden Sie sich an Frau Dipl. Soz. Päd. Adelheid Schmitz 0211 81-14625 / adelheid.schmitz@fh-duesseldorf.de

AdB Jahrestagung zum Thema „Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe – Nachhaltige Klimapolitik gestalten“ am 6. und 7. Dezember im Haus Neuland in Bielefeld

Am 6. und 7. Dezember findet die Jahrestagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) in Bielefeld statt. Die Jahrestagung ist zugleich der Auftakt für das gleichnamige Jahresthema des Verbandes. In verschiedenen Vorträgen werden energiepolitische Aspekte in Deutschland nach dem Atom-Ausstieg betrachtet und beurteilt. Wie etwa in dem Vortrag von Roland Roth, Politikwissenschaftler und Hochschullehrer, zu den Möglichkeiten einer stärkeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Planung von Energieanlagen. In themenbezogenen Workshops werden zudem konkrete Transformationsstrategien für die politische Bildungsarbeit vorgestellt, wie z.B. die Klimainitiative Germanwatch.

Für weitere Informationen wenden Sie sich an Frau Ivonne Meißner +49 (030) 400 401 12 / info@adb.de

Fachkonferenz „Zivilcourage und Gewaltprävention im Fokus politischer Bildung – Eine Netzwerkaufgabe in Fortbildung und Qualifizierung“ am 2. Februar 2012 im dbb-Forum in Berlin

Auf der Fachkonferenz in Berlin am 2. Februar werden die Ergebnisse von acht Universitäten zu durchgeführten modularen Zertifikatskursen zu Zivilcourage und Gewaltprävention vorgestellt und diskutiert. Diese modularen Zertifikatskurse wurden im Rahmen des vom Programm XENOS unterstützten Projektes „Netzwerk-Q – Fortbildung – Qualifizierung – Training für Integration und Vielfalt“ durchgeführt. Sie bildeten Studierende zu Trainerinnen und Trainern für Zivilcourage und Gewaltprävention für verschiedenste Zielgruppen aus.

Ein Vortrag von Alber Scherr (Pädagogische Hochschule Freiburg) zum Thema „Zivilcourage und Gewaltprävention in der/ als politische Bildung“ und Dierk Borstel (Institut für interdisziplinäre Konfliktforschung der Universität Bielefeld) über eine neue Studie zur gruppenbezogenen menschenfeindlichen Gewalt runden die Fachkonferenz ab.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Herrn Lothar Jansen, Bundeskreis ARBEIT UND LEBEN, 0202-97 404 – 17 jansen@arbeitundleben.de

Symposium „Gleichstellung im Alter: Biografieverläufe und faire Einkommenschancen für Frauen im Alter“ am 3. und 4. Februar 2012 in Ludwigshafen

Die katholische Frauengemeinschaft nimmt den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zum Anlass, ihre langjährigen gleichstellungspolitischen Forderungen neu zu diskutieren. Im Rahmen der 8. Veranstaltungsreihe der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) zum 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung findet am 3. und 4. Februar 2012 ein Symposium zum Thema „Gleichstellung im Alter: Biografieverläufe und faire Einkommenschancen für Frauen im Alter“ statt.

Sie lädt dazu alle gleichstellungspolitisch Interessierten zu vier öffentlichen Veranstaltungen ein.

Mehr Informationen und weitere Veranstaltungen finden Sie unter <http://www.kfd-bundesverband.de/projekte/neuer-blick-auf-alte-fragen.html>

Informationen, Publikationen und Projekte:

Demokratiesommer – eine Initiative von Torsten Albig und der SPD Schleswig-Holstein

Von Juni bis September dieses Jahres konnte auf der Webseite www.demokratiesommer.de zu Themen wie Bildung, Umwelt, Familie, Bürgerrechte, Soziales und Wirtschaft online mitdiskutiert werden. Neben der Möglichkeit seine Meinung zu schon bestehenden Themen zu äußern, konnten auch neue Thesen aufgestellt und veröffentlicht werden. Zusätzlich wurden 15 sogenannte Zukunftsgespräche in Schleswig-Holstein durchgeführt, an denen Bürgerinnen und Bürger zusammen mit SPD Politikern über die Zukunft ihres Bundeslandes diskutierten. Einige Vorschläge aus diesen Diskussionen werden in den kommenden Wochen Eingang in die Programmdiskussion der SPD finden.

Weitere Informationen finden Sie auf
www.demokratisommer.de / <http://www.spd-schleswig-holstein.de/>

Einrichtung einer Koordinierungsstelle für den Lokalen Aktionsplan Aachen

ARBEIT UND LEBEN unterstützt durch die Einrichtung einer externen Koordinierungsstelle die Volkshochschule Aachen bei der Entwicklung, Implementierung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans (LAP) gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Eng vernetzt entwickeln zivilgesellschaftliche Akteure, Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche, politische Entscheidungsträger und die kommunale Verwaltung eine nachhaltige integrierte Strategie im Sinne der Programmziele. Thematische Bausteine sind die Stärkung der demokratischen politischen Kultur, Prävention durch politische Bildung und Politikberatung und Aneignung demokratischer kultureller und geschichtlicher Identität.

Die Förderung ist zunächst für 2011 gesichert. Wenn der Lokale Aktionsplan positiv bewertet wird, stehen für 2012 und 2013 weitere Mittel zur Verfügung.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an
Dominik Clemens, Arbeit und Leben DGB/VHS NW e.V., 0241-4792-182 clemens@aulnrw.de

80 Millionen Euro für die Programme „Schulverweigerung – die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“

Das Ausschreibungsverfahren der Programme „Schulverweigerung – die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ der Initiative JUGEND STÄRKEN für die neue Förderrunde ist beendet: 391 Antragsteller an 372 Standorten setzen die erfolgreichen Programme ab dem 1. September bis Ende 2013 fort. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, stellt dafür 80 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Dadurch ist sichergestellt, dass die Arbeit in bisherigem Umfang fortgesetzt werden kann. In der neuen Förderphase nehmen erstmals auch 88 Standorte die Kooperation mit Berufsschulen in ihr Angebot auf. Mit den Programmen „Schulverweigerung – die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ werden Kommunen von der Bundesregierung dabei unterstützt, im Rahmen ihrer Jugendpolitik auch benachteiligte junge Menschen und Migrantinnen und Migranten eine schulische und berufliche Perspektive zu bieten.

Weitere Informationen finden Sie auf
<http://www.zweitechance.eu> / <http://www.kompetenzagenturen.de/>

Praxisleitfaden „Aktiv im Alter“ des BMFSFJ

Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) veröffentlichte Praxisleitfaden „Aktiv im Alter“ entstand vor dem Hintergrund eines gleichnamigen Modellprogramms. Dieses förderte zwischen April 2008 und Dezember 2010 Kommunen, die ältere Bürgerinnen und Bürger zu Engagement und Mitbestimmung ermunterten. Zu den geförderten Projekten gehörten Bürgerforen unter dem Motto „Wie wollen wir morgen leben“, in denen ältere Menschen ihr Erfahrungswissen und ihre vielfältigen Kompetenzen einbringen und Aktivitäten in den Kommunen entwickeln konnten. Das Modellprogramm „Aktiv im Alter“ zielte darauf ab, die Verantwortung von Kommunen und Trägern für freiwilliges Engagement zu stärken, die Eigeninitiative älterer Bürgerinnen und Bürger zu fördern und so zur Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft beizutragen.

Der jetzt vorliegende Praxisleitfaden richtet sich an Kommunen, Verbände, Vereine, Kirchen und Unternehmen.

Den Praxisleitfaden finden Sie unter
www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=174008.htm

Verschenken Sie Politische Bildung!

Ab sofort sind bei der Konrad Adenauer Stiftung Geschenkgutscheine für Politische Bildung erhältlich. Zur Auswahl steht das gesamte Weiterbildungsangebot der KAS im Bereich Politische Bildung.

Informationen zum Weiterbildungsangebot finden Sie unter <http://www.kas.de/wf/de/42.5/>
Für Fragen und Bestellungen wenden Sie sich bitte an Frau Brigitte Förster, 02236 7074278 / brigitte.foerster@kas.de

jungbewegt – Dein Einsatz zählt

„jungbewegt – Dein Einsatz zählt“ ist ein Projekt der Bertelsmann Stiftung mit dem Ziel, jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Bildungsstand den Zugang zu gesellschaftlichem Engagement zu ermöglichen. Durch unterschiedliche Veranstaltungen zwischen 2008 und 2014 sollen die Sozialkompetenz von Kindern und Jugendlichen, sowie deren politische Kenntnisse ausgebildet werden. Im Fokus des Projektes steht der unmittelbare Lebensraum von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen. Zusammen mit Verantwortlichen aus den Kommunen, Schulen und Kindertagestätten sowie Akteuren aus der Wirtschaft und des gemeinnützigen Sektors soll eine neue Engagementkultur entwickelt und gefördert werden. Zu den Partnern von ‚jungbewegt‘ zählen das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die Bundeszentrale für Politische Bildung, die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, das Deutsche Kinderhilfswerk und das Deutsche Komitee für UNICEF.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.jungbewegt.de/>

Deutsch-Polnisches Jugendwerk feierte 20-jähriges Bestehen

Am 29. und 30. September 2011 trafen sich über 70 Fachkräfte des deutsch-polnischen Jugend- und Schulaustausches aus ganz Deutschland und Polen zur DPJW-Weiterbildungskonferenz im Kardinal Schulte Haus. Veranstalter waren das Jugendhaus Düsseldorf e.V. und die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) unter Mitwirkung der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj).

Unter dem Motto „Vielfältige Lebenswelten innerhalb einer Kultur“ setzten sich die Teilnehmenden mit dem Ansatz der Vielfalt in der internationalen Jugendarbeit auseinander. In einem Festakt würdigten die Teilnehmenden das 20-jährige Bestehen des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, bei dem der geschäftsführende Direktor des Jugendhauses Düsseldorf, Stephan Jentgens, AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles und DPJW-Geschäftsführer Stephan Erb in Redebeiträgen die Bedeutung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks hervorhoben. Anwesend waren bei dem Festakt Elzbieta Paulina Porebska vom Generalkonsulat der Republik Polen in Köln, Dorothee Jäckering vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Richard Magulski vom Bundesverwaltungsamt.

Für weitere Informationen wenden Sie sich an
Ute Stolz, stolz@aksb.de / www.aksb.de

Der Katalog zur Ausstellung 'Anstiftung/Wende' liegt vor

Der Wettbewerb "Anstiftung//Wende" und die daraus erwachsene Wanderausstellung waren Kernbestandteile des Projekts "Jubiläumskinder - Die DDR und die friedliche Revolution im 'kulturellen Gedächtnis' der 1989 geborenen ostdeutschen Jugend". 1989 – das Jahr der friedlichen Revolution und des Mauerfalls. Herangewachsen ist eine erste Generation an jungen Deutschen, die 2009 auf ihr Verständnis eines gemeinsamen Deutschlands und des darin verankerten Wendepunkts der deutschen Geschichte zurückblickt. Was heißt es für heute 20-Jährige seit 20 Jahren "wiedervereinigt" zu sein? Nun liegt der Katalog zum Projekt vor. Er enthält eine Vielzahl von Dokumenten aus unterschiedlichen Lebensbereichen wie Alltag, Schule, Freizeit und Politik, in denen die DDR immer noch präsent ist, unbewusst weitergegeben und selten kritisch hinterfragt wird.

Die Ausstellung kann ausgeliehen werden bei ARBEIT UND LEBEN Sachsen-Anhalt, Eisenbahnstr. 3
06132 Halle

Kostenfreier Bezug des Katalogs beim Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN
bildung@arbeitundleben.de

ECVET - Leitfaden zur Lernergebnissen erschienen

Wer formuliert Lernergebnisse und definiert Lernergebniseinheiten? Was ist bei der Formulierung zu beachten? Antworten auf diese und viele weitere Fragen finden sich in einem neuen Leitfaden, herausgegeben von der Nationalen Koordinierungsstelle ECVET (NKS-ECVET). Der Leitfaden basiert auf praktischen Erfahrungen aus LEONARDO DA VINCI Mobilitäts- und Innovationstransferprojekten.

Den Leitfaden zur Beschreibung von Lernergebniseinheiten finden Sie unter
http://www.ecvet-info.de/_media/Leitfaden_zur_Formulierung_von_Lernergebniseinheiten.pdf

[zur Übersicht](#)

9. ABBESTELLUNG

Sollten Sie keine weitere Zusendung des bap-Newsletters wünschen, bitten wir um kurze Nachricht an service@bap-politischebildung.de

10. REDAKTION

Bundesausschuss Politische Bildung

Redaktion und Kontakt:

Christina Marx

crossrelations GmbH (GPRA)

Tel.: 0211 • 88 27 36 - 46

Fax: 0211 • 88 27 36 - 11

Mail: presse@bap-politischebildung.de

I-Net: www.bap-politischebildung.de

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen. Den Ausführungen liegen Quellen zugrunde, die der Herausgeber als vertrauenswürdig erachtet. Für die Inhalte externer Internetseiten, auf die mit Hilfe eines Links verwiesen wird, sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Jegliche Haftung durch den Bundesausschuss Politische Bildung ist daher ausgeschlossen.